

Eine Voraussetzung zur Erlangung des MB-Status ist nach dem Jackson-Vanik-Amendment die Garantie der Möglichkeit, auszuwandern. Dies sei erfüllt worden. China habe versprochen, daß keine Ausreisewilligen zurückgehalten werden.

Die Ratifizierung würde die Chinesen auch ein Stück weiter bringen, Kredite der staatlichen amerikanischen Ex-Im-Bank zu erhalten. Vor Kreditgewährung wäre allerdings noch über das Schicksal von circa 50 Mio.\$ zu befinden, die aus einem Darlehen an die Nationale Regierung vor 1949 herrühren. Taiwan verweigert die Rückzahlung mit dem Argument, daß die dafür gelieferten Werte den Kommunisten in die Hände gefallen seien (NfA/BfA, 10.7.79; AWSJ, 5.7.79).

- ga -

#### (43) US-Werbeagenturen beraten chinesische Exporteure

Eine Delegation amerikanischer Werbeagenturen berät chinesische Außenhandelsunternehmen über bessere Absatzmöglichkeiten auf dem US-Markt. An der ersten amerikanischen Gruppe dieser Art nehmen drei der großen amerikanischen Agenturen teil, N.W. Ayer ABH International, Compton Advertizing Inc. und Doyle Dane Bernbach International Inc.

Die Amerikaner führten jeweils zweieinhalb Tage in Peking und Schanghai ihre Methoden vor circa 70 Teilnehmern aus den chinesischen Außenhandelsgesellschaften, dem Außenhandelsministerium, dem Außenhandelsinstitut und dem CCPIT vor. Diskutiert wurden Größe und Art des amerikanischen Marktes, Konsumentenverhalten, Verteilungskanäle, Arbeit mit den Medien und die Beziehung zwischen Werbung und Verkauf.

Ziel des Besuchs ist es, den Chinesen zu helfen, mit ihren Waren differenziert am amerikanischen Markt Fuß zu fassen und so die für den Import benötigten Devisen zu verdienen (AWSJ, 30.6.79).

- ga -

#### (44) Kanadische Kreditlinie für China

Eine Lieferland-gebundene Kreditlinie in Höhe von 2 Mrd.Can.\$ hat die kanadische Export Development Corp. (EDC) der Volksrepublik China eingeräumt - der höchste bisher von der EDC bewilligte Kredit. Die eingeräumte Kreditlinie soll eine Laufzeit von drei Jahren haben und kann, wenn sie nicht ganz ausgenutzt wird, eventuell verlängert werden. Die Konditionen sollen im einzelnen festgelegt werden. Auf der Grundlage dieser Finanzierung erwarten jetzt kanadische Firmen ihre ersten Aufträge (NfA/BfA, 1.6.79).

- ga -

#### (45) Chinesische Fremdarbeiter in Italien?

China soll dem italienischen Bauunternehmen IRI 400.000 Arbeiter und Techniker angeboten haben, die die Firma bei ihren Auslandsprojekten - außer in den Ostblockländern - zum Einsatz bringen könne. Dieses Angebot, das erste seiner Art, soll dem Generaldirektor der Ansaldo-Baugesellschaft von der Gruppe IRI vom chinesischen Ministerium für Metallindustrie (?) unterbreitet worden sein. Außerdem soll das Pekinger Ministerium eine Liste mit Projekten für den Bau von Eisenbahnen, Brücken, Tunnels, Fabriken usw. vorgelegt haben (BPA/Ostinfo, 10.6.79).

Diese Meldung ist insofern nicht ganz von der Hand zu weisen, als im Mai zwei chinesische Gesellschaften gegründet wurden, die Aufträge für Hoch- und Tiefbauarbeiten in anderen Ländern übernehmen sollen (Näheres C.a., Mai 1979, Ü 58).

- we -

#### (46) China kauft japanische Fernsehbildröhrenfabrik

Zwischen drei japanischen Firmen und der chinesischen Technical Import Corp. wurde Ende Juni ein Vertrag unterzeichnet, unter dem eine komplette Anlage zur Herstellung von Schwarzweiß-Bildröhren an die Volksrepublik China geliefert wird. Die Anlage soll bis Ende 1981 in Schanghai gebaut werden und jährlich 1,6 Mio. Stück produzieren. Die drei japanischen Firmen sind Matsushita Electric Industrial Co., M. Electronics Corp. und Nissho-Iwai Corp. Über die Kosten wurden bisher keine Informationen bekannt.

Für das laufende Jahr hatte sich China nach diesen Angaben zum Ziel gesetzt, die Produktion von Fernsehgeräten, die z.Zt. bei circa 500-600.000 Stück liegt, zu verdoppeln (JEJ, 3.7.79).

- ga -

#### (47) Japanische Hilfe für modernes Krankenhaus geplant

Möglicherweise werden die Chinesen mit japanischer Hilfe in Peking ein supermodernes 1000-Betten-Krankenhaus errichten. Das meldet das JEJ vom 19.6.79.

Das Krankenhaus soll auf einem Trakt der Pekinger Zentralen Medizinischen Akademie gebaut werden. Laut vorliegenden Informationen soll das Krankenhaus mit Kapazitäten zur Diagnose und Behandlung aller Krankheitsarten ausgerüstet werden. Daneben sind ein klinisches Forschungszentrum, eine Schwesternschule und Wohngebäude vorgesehen. Das Krankenhaus soll sowohl japanische (d.i. westliche) als auch chinesische traditionelle Medizin aufnehmen. Noch ist allerdings über die Finanzierung der voraussichtlichen Baukosten in Höhe von 10 Mrd.Yen keine Übereinkunft erzielt worden.

- ga -

#### (48) Seehafen in Ningbo für den internationalen Seeverkehr geöffnet

Anfang Juli wurde an der Südostküste Chinas in der Provinz Zhejiang die alte Hafenstadt Ningbo für den internationalen Seeverkehr freigegeben. Be- und Entlademöglichkeiten wurden fertiggestellt, während drei Werften für 10.000-t-Schiffe und eine für 100.000-t-Schiffe sich noch im Bau befinden. Der Seehafen liegt 140 Seemeilen von Schanghai entfernt und gehörte jahrhundertlang zu Chinas drei führenden Häfen. Er wurde schon vor 1.300 Jahren zum Seeverkehr mit dem Ausland geöffnet. Nach 1949 war er für den internationalen Seeverkehr geschlossen worden (XNA, 1.6.79).

- ga -

### WIRTSCHAFT

#### (49) Chinas Ölproduktion: Ein Verwirrspiel

Durch bedauerliche Unaufmerksamkeiten im

technischen Herstellungsprozeß von C.a. 79/5, die wir zu entschuldigen bitten, wurde der Artikel unter obiger Überschrift Seite 592 f. entstellt. Zum richtigen Verständnis des Textes bitten wir, die Tabellen in den Spalten links und rechts auf Seite 592 gegeneinander auszutauschen. Auf Seite 593 linke Spalte Zeilen 1 und 4 muß es statt 12 Mio.t richtig heißen 72 Mio.t.

Inzwischen hat die 2. Sitzung des V. NVK - erstmals seit zwei Jahrzehnten! - wieder effektive Produktionszahlen auch für die Ölindustrie genannt. Zu diesen ist grundsätzlich zu sagen: Die in dem oben zitierten Artikel enthaltenen Vorbehalte mit anders lautenden Zahlen, die ausschließlich aus chinesischen Originalquellen entnommen wurden, müssen solange bestehen bleiben, bis die chinesische Presse diese Widersprüche glaubwürdig widerlegt. Von dem engagierten Beobachter der chinesischen Ölszene kann jedenfalls nicht erwartet werden, daß er jetzt publizierte Zahlen akzeptiert, die in eklatantem Widerspruch zu bisher publizierten relativen Zuwachsraten stehen.

Im Kommuniqué über die Erfüllung des Wirtschaftsplanes 1978 (Xinhua, 27.6.79) werden Zahlen genannt, die sogar zwei Stellen hinter dem Komma aufweisen:

	Mio.t	Zuwachs in %
1977	93,64	
1978	104,05	11,1

Es ist geboten, diese Zahlenangaben in Relation zu stellen zu den bisher bekannten aus der Zeit davor, auch wenn es sich bei diesen nur um relative gehandelt hat, mit denen wir seit vielen Jahren auskommen mußten.

Noch einmal: Bei einer vernünftigen Betrachtung der chinesischen Ölszene ist auszugehen von 20 Mio.t für 1970. Diese Zahl ist ein Mittelwert aller damaligen internationalen Schätzungen; sie wurde überdies von Zhou Enlai gegenüber Edgar Snow genannt. Diese 20 Mio.t von 1970 sind und bleiben daher Ausgangspunkt aller Betrachtungen.

Ausgehend von den jetzt genannten 104,05 Mio.t für 1978, den 13,64 Mio.t für 1977 und den 87 Mio.t für 1976 (Xinhua, 18.6.79) müßten sich mit den zur Verfügung stehenden offiziellen Zuwachsraten für die Zeit davor eigentlich die effektiven Produktionszahlen ab 1971 nachweisen lassen. So sollte man jedenfalls meinen. Das ist jedoch nicht der Fall. Die Zurückrechnung für die einzelnen Jahre ergibt diese Werte:

	Produktion	Zuwachsrate gegenüber Vorjahr
1978	104,05	11,1
1977	93,64	8
1976	87	13
1975	77	20
1974	64	20
1973	53,5	20
1972	44,5	16
1971	38,5	28
1970	30	

Wie zu sehen, führt diese Zurückrechnung zu einem Wert von 30 Mio.t im Jahr 1970. Dieser ist absolut unhaltbar.

Ausgehend von den vernünftigen und auch mit Zhou Enlai zu belegenden Angaben für 1970 von 20 Mio.t hätte die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate von 1971 bis 1976 27,8% betragen müssen, um auf 87 Mio.t im Jahr 1976 zu kommen. Diesen 27,8% stehen durchschnittlich 10,7% Zuwachsraten für die Jahre seit Ausschaltung der "Viererbande", 1976-1978, gegenüber. Nach Aussagen von Yu Qiuli soll die Steigerungsrate 1979 gegenüber 1978, wie im Wirtschaftsplan für 1979 vorgesehen, gar nur 5,7% betragen (Xinhua, 22.6.79). Dadurch wird sich die durchschnittliche Zuwachsrate in den Jahren 1976-1979 auf 9,5% verringern.

Wie wenig glaubwürdig die jetzt auf der 2. Sitzung des V. NVK bekanntgegebenen absoluten Produktionszahlen sind, ergibt sich vor allem daraus, daß nach diesen die jährlichen Zuwachsraten unter der "Viererbande" (1970-1975) 27,8% betragen haben müßten gegenüber nur 9,5% für die Jahre 1976-1979, obwohl doch die "Viererbande" seit ihrer Ausschaltung vor fast drei Jahren in der chinesischen Presse fast täglich beschuldigt wird, die Wirtschaft sabotiert zu haben.

Diese Betrachtung führt zwangsläufig zu dem Ergebnis: Die 104,05 Mio.t für 1978 sind unglaubwürdig.

- ba -

#### (50) Umriss einer neuen Wirtschaftsordnung in China

Seit dem vergangenen Jahr wird in der Volksrepublik China eine sehr weitreichende Diskussion über eine Reform des Wirtschaftssystems geführt. Einen sehr interessanten Einblick in die Richtung der Änderungen gibt ein am 15. Juni 1979 in der RMRB erschienener Artikel Xue Muqiaos, der unter der wenig aussagefähigen Überschrift "Wie wir die planmäßige Leitung der Volkswirtschaft verbessern können" dem Leser erstaunliche Vorschläge unterbreitet.

Seine Hauptaussagen sind:

1. Abschaffung der staatlichen Beschlagnahmen und Ankaufquoten für Agrarerzeugnisse zu Preisen, die vom Staat unterhalb der Marktpreise festgelegt werden; stattdessen Kauf von Landwirtschaftsprodukten zu Marktpreisen.
2. Abschaffung des starren Planungssystems, das den Betrieben keinen Spielraum läßt und ihnen viele Vorschriften macht. Dafür nur noch Planung der globalen Wirtschaftsgrößen und indirekte Lenkung der eigenverantwortlichen Unternehmen durch fiskalpolitische Mittel.

Nach einer Einleitung, die in floskelhaften Redewendungen die Notwendigkeit einer Planwirtschaft für ein sozialistisches Land betont, geht der Autor sofort daran, die Grenzen einer "administrativen Planung" abzustecken.

Erstens könne man gar nicht alle Produkte in den Plan aufnehmen, denn das wären ja Hunderttausende - die verschiedenen Ausführungen und Modelle noch gar nicht mitgerechnet. Gegenwärtig würden nur einige Hundert Warenarten, die aber mehr als die Hälfte des gesamten Produktionswertes ausmachten, direkt von der Staatlichen Planungskommission angeleitet. Nur einige Dutzend würden richtiggehend

berechnet, der Rest grob geschätzt. Auch bei den genau berechneten, wie z.B. Baumwolltextilien oder Walzstahl, wären die diversen Ausführungen und Arten nicht enthalten.

Zweitens sei es unmöglich für den Staat, dem landwirtschaftlichen Gruppeneigentum (d.h. 80% der Bevölkerung auf dem Lande) seine Produktionspläne aufzuzwingen. In der Vergangenheit hätte der Staat zwar sogar die Aussaatfläche für bestimmte Pflanzenarten und die Anbaumethoden vorgeschrieben, aber eigentlich könne der Staat die ländliche Einheit nur bitten, den Staatsplan zu berücksichtigen, ihn als Leitfaden zu sehen, während das letzte Wort bei den landwirtschaftlichen Einheiten verbleibe. Wie soll dann aber der Produktionsplan für die ländlichen Kollektivwirtschaften durchgesetzt werden? Durch das Wertgesetz, d.h. durch die Preispolitik.

"Als wir kurz nach Gründung des neuen Chinas eine Politik des freien Angebots für Agrarerzeugnisse praktizierten, blieb das Angebot nie hinter der Nachfrage zurück. Seit Beginn des 1. Fünfjahrplans wurde aufgrund des Zuwachses der städtischen Bevölkerung die Versorgung mit Getreide und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen knapp. Ein System des einheitlichen, vorher festgelegten staatlichen Ankaufs wurde allmählich eingeführt. Zu jener Zeit war dieses System nötig... Als Ergebnis exzessiver staatlicher Käufe wurde das Land einige Jahre lang von einer Getreideknappheit betroffen."

Heute würde immer noch das gleiche staatliche Ankaufsystem angewendet. Man müsse jedoch klar den negativen Effekt dieser Maßnahmen sehen: "Als Ergebnis der exzessiven Beschlagnahme und vorher festgelegter Ankäufe hatten die Bauern in einigen Gebieten nicht genug Reis und Schweinefleisch, sich selbst zu ernähren, obwohl es ihr Beruf war, Getreide anzubauen und Schweine zu halten."

Deshalb muß in Zukunft die landwirtschaftliche Erzeugung mittels des Wertgesetzes geregelt werden. Das wird zwar Preissteigerungen nach sich ziehen, aber die sind gerechtfertigt.

In Zeiten gravierender Unterversorgung mit landwirtschaftlichen Produkten ist die staatliche Ankaufpolitik nötig, aber sie ist keine langfristige Politik. Die Erfahrung habe sogar gezeigt, daß die Bauern auf zu hohe staatliche Ankäufe für Getreide, zu hohe Quoten bei Fleisch, Eiern und anderen Produkten (d.h. bei unter Marktpreisniveau festgesetzten Preisen) so reagieren, daß sie im folgenden Jahr weniger Getreide usw. produzierten. Wenn der Staat jedoch die Politik des Ankaufs und der Requirierung aufgegeben und zu ausgehandelten Preisen gekauft habe, sei die Produktion schnell nach oben gegangen. Dieses Beispiel zeige doch klar die Rolle der Preispolitik bei der Regulierung der Agrarproduktion.

Die gleiche Frage sei jetzt wieder bei der Zulassung freier Märkte auf dem Lande aufgetaucht. Viele Genossen hätten Preissteigerungen befürchtet, wenn sich die Warenpreise nach Angebot und Nachfrage ("nach dem Wertgesetz") richteten. Das würde aber nur ihr Unverständnis für ökonomische Zusammenhänge dokumentieren, denn Preissteigerungen seien das Resultat von Entwertungen, die aufgrund von Inflation und Ausdehnung der Kaufkraft über die entsprechende Warenzufuhr hinausgingen. Solange der Geldumlauf kontrolliert und Kaufkraft und Warenversorgung in der Balance gehalten würden, gäbe es keine umfassenden Preiserhöhungen. Man dürfe nicht der Vorstellung erliegen, daß die Rationierung lebenswichtiger Waren in den zwanzig Jahren

zu einem sozialistischen Land dazugehörten; vielmehr hätte man Fehler gemacht, da man die Marktpreise nicht beachtet habe. In den letzten Jahren hätte sich die Preisschere zwischen industriellen und landwirtschaftlichen Produkten wieder erweitert. Der Arbeitseifer der Bauern habe einen Dämpfer bekommen. Man sei gezwungen gewesen, noch stärker auf Beschlagnahme und staatliche Ankaufquoten zurückzugreifen und sei so in einem *circulus vitiosus* hineingeraten. Normal sei demgegenüber, Angebot und Nachfrage durch das Wertgesetz zu regeln.

Auch für die volkseigenen Industriebetriebe stellt sich diese Frage. Wenn die Unternehmen bisher im Rahmen einer administrativen Planung z.B. ihren (mengenmäßigen) Absatz und (wertmäßigen) Umsatz steigern sollten, vernachlässigten sie die Qualität und die Produktionskosten und fragten auch nicht, ob für ihre Waren eine Nachfrage vorhanden sei. Deshalb müßten den Unternehmen größere Entscheidungsbefugnisse eingeräumt werden. In den meisten Fällen soll der Plan den Unternehmen nur Informationen über Herstellung und Vertrieb an die Hand geben. Sie selbst sollen in eigener Verantwortung Einnahmen und Ausgaben regeln. Es muß die Methode geändert werden, die Pläne in der Reihenfolge Produktionsplan, Ankaufplan, Verkaufsplan aufeinander aufzubauen, vielmehr sollte der Verkaufsplan auf den Marktbedürfnissen und der Produktionsplan auf dem Verkaufsplan beruhen.

(Hier sei angemerkt, daß der Artikel darauf verzichtet, ein betriebliches Erfolgskriterium für die eigenständige unternehmerische Aktivität zu benennen, denn folgerichtig müßte der Gewinn als Maßstab unternehmerischen Wirtschaftens hier benannt werden.)

Um die Unternehmen in den Rahmen geplanter volkswirtschaftlicher Zielsetzungen einzufügen, könne man sich der Mittel der Steuerpolitik, Preispolitik, Materialzuteilung, Investitionspolitik und Kreditpolitik (einschließlich variabler Zinssätze) bedienen.

Ursprünglich, zu Beginn der fünfziger Jahre, habe man das Planwirtschaftssystem von der Sowjetunion gelernt. "Vor der sozialistischen Umgestaltung der Produktionsmittel gab es neben dem staatlichen sozialistischen Sektor noch die Bereiche der Privatwirtschaft, der gemischt staatlich/privaten Wirtschaft und der Einzelwirtschaft. Das Resultat: Bei größerer Flexibilität stand eine große Anzahl von Produkten zur Verfügung, es gab viele Zirkulationskanäle, und den Bedürfnissen des Marktes und der Bevölkerung war besser gedient. Nach dem Ende der drei großen Umgestaltungen, besonders nach den Zusammenlegungen und Reorganisationen von Unternehmen 1958, wurde die Zahl der Unternehmen und Zirkulationskanäle beträchtlich reduziert und der Widerspruch zwischen Produktion und Nachfrage wurde schärfer..."

Zusätzliche unnötige Kontrollen über Investitionsgüter wurden eingeführt als Ausdruck der Auffassung, daß Produktionsmittel nicht auf dem Markt zirkulieren dürfen, da sie keine Waren sind.

Das System der Versorgung mit Materialien und Waren muß verändert werden. Die Zuteilung der Investitionsgüter muß in Zukunft lockerer gehandhabt werden und muß mehr über den Markt und weniger durch geplante Zuweisung abgewickelt werden.

Insgesamt muß es auf zentraler Ebene eine strikte Planung geben, um die Globalgrößen und die zukünftige Entwicklung der Volkswirtschaft zu planen. Wenn aber darüber hinaus alle Aktivitäten

unterer Ebenen von oben geplant würden, würde die chinesische Wirtschaft versteinern und die Probleme von Angebot und Nachfrage würden nie gelöst. Weiterhin könnten einzelne Wirtschaftszweige wie Banken, Eisenbahnen, Luftfahrt, Post- und Fernmeldewesen und internationale Schifffahrt auf nationaler Basis verwaltet werden, genauso wie große Transportgesellschaften, riesige Energiewerke, einige große Eisen- und Stahlwerke, Ölfelder und Bergwerke. Andere Betriebe sollen auf lokaler Ebene verwaltet werden.

Abschließend stellt der Aufsatz fest, daß unter dem bisher praktizierten Wirtschaftssystem die Überlegenheit des Sozialismus nicht umfassend hätte zum Ausdruck gebracht werden können, ja sogar das Wirtschaftssystem "in gewissen Aspekten nicht so gut war wie in den entwickelten kapitalistischen Ländern".

- ga -

#### (51) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

In diesem Jahr sollen in der Volksrepublik China als Maßnahme gegen die Arbeitslosigkeit circa 7 Millionen neuer Stellen geschaffen werden. Hier zwei Beispiele zu dieser Frage. Eines aus dem städtischen Bereich illustriert den Einsatz arbeitsloser Jugendlicher im bisher vernachlässigten Dienstleistungsbereich: Anfang Mai wurden in Nanjing Stellen für Friseure ausgeschrieben. Die 2.500 Jugendlichen, die sich auf die Anzeige hin meldeten, wurden einem "Kultur"-Test unterworfen. 578 Jugendliche bestanden die Überprüfung, wiesen eine gute moralische, intellektuelle und körperliche Qualifikation vor und wurden zur Ausbildung eingestellt. Nach einem halben Jahr werden sie nach ihren inzwischen erworbenen technischen Fähigkeiten beim Haarschneiden getestet, und nur diejenigen, die auch diese Hürde meistern, bleiben in der Lehre (XNA, chin., nach SWB, 28.6.79).

Von seinen Erfahrungen auf dem Lande berichtet ein Korrespondent der Nachrichtenagentur Neues China. Während seines kürzlichen Besuchs auf dem Lande in Hunans Xiangtan-Präfektur zählte dieser Korrespondent drei bis fünf Leute, die einen Pflug durch Schlammfelder zogen. Der erste Eindruck des Korrespondenten war: "Es herrscht Knappheit an Zugtieren." Er entdeckte jedoch, nachdem er unter den Massen Nachforschungen angestellt hatte, daß weder an Traktoren noch an Zugtieren Mangel herrschte. Aber warum mußten dann die Menschen den Pflug bei der Feldbearbeitung ziehen? "Der Grund ist, daß es einen allgemeinen Überfluß an Arbeitskraft auf dem Lande gibt, und viele Leute keine Arbeit haben. Um das Problem der überflüssigen Arbeitskräfte zu lösen, ist es aus Zweckmäßigkeitsgründen ratsam für die Leute, diese Art von Arbeit zu verrichten."

Als Maßnahme zur Beseitigung des Problems der Überbesetzung einzelner Arbeiten bzw. der Arbeitslosigkeit wird beabsichtigt, alle Zweige ländlicher Produktionstätigkeit zu entwickeln, Ackerbau und Viehzucht, Nebentätigkeiten, Veredelungsverfahren usw. auszuweiten. Weiterhin sollen Arbeitskräfte in der wissenschaftlichen Agrarwirtschaft eingesetzt werden, d.h. bei Wasserregulierungsprojekten, rationeller Düngemittelverwendung, Bodenverbesserung, Saatgutverbesserung, Mehrfachfeldbestellung, Kampf gegen Pflanzenkrankheiten und der Ausbesserung von landwirtschaftlichen Geräten (XNA, chin.,

2.6.79, nach SWB, 7.6.79).

- ga -

#### (52) Bedeutung kleiner Kohlebergwerke

Gegenwärtig unterhalten von den 2.000 Kreisen Chinas 1.168 insgesamt über 20.000 kleine Kohlebergwerke, die im letzten Jahr 276 Mio.t Kohle gefördert haben. Das sind 45% der gesamten Jahresfördermenge Chinas. Für China spielen diese lokalen Bergwerke also weiterhin eine enorm wichtige Rolle, wobei noch hinzukommt, daß in den südöstlichen Provinzen, südlich des Jangtze, 110 Mio.t gefördert wurden. Diese Menge stellt für den kohlearmen Süden des Landes ein wichtiges Moment seiner Versorgung dar. Trotzdem sind die Mängel dieser kleinen Bergwerke nicht zu übersehen: niedriges technisches Niveau, schlechte Ausrüstung, zurückgebliebenes Management und unzureichender Sicherheitsstandard. Die Anlagen fallen dennoch nicht den jüngsten Schließungsmaßnahmen zum Opfer, da ihr Produkt in China sehr benötigt wird (XNA, chin., 6.6.79, SWB, 13.6.79).

- ga -

#### (53) Zurückgebliebenes Post- und Fernmeldewesen

Im Rahmen der Durchsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen der chinesischen Wirtschaft häufen sich die Berichte in den chinesischen Medien über Tagungen vieler Wirtschaftszweige, um für ihren Bereich die Linie der Anpassung und Neuausrichtung zu beratschlagen.

Von Ende März bis Ende April wurde so in Peking die 17. Arbeitskonferenz über das Nationale Post- und Fernmeldewesen abgehalten. Im anschließenden Ergebnisbericht wurde bekannt, daß die Poststrahlen und Ferngesprächsleitungen seit 1949 nur um das 7fache gewachsen seien und die Stadttelefonleitungen sich sogar nur verfünffacht hätten. Das wurde mit dem Bruttoproduktionswert der Industrie verglichen, der seit 1949 um das 30fache gewachsen sei (XNA, nach SWB, 13.6.79).

- ga -

### TAIWAN

#### (54) War die Kündigung des amerikanisch-taiwanesischen Verteidigungsvertrags von 1954 durch die Carter-Administration nichtig?

Der republikanische Senator Goldwater hatte die einseitige Kündigung des amerikanisch-taiwanesischen Verteidigungsabkommens von 1954 durch Präsident Carter vor Gericht gebracht, um sie dort für ungültig erklären zu lassen.

Das zuständige Bundesbezirksgericht wies diese Klage jedoch wegen mangelnder Aktivlegitimation des Klägers ab, fügte aber hinzu, daß eine solche Legitimation gegeben wäre, wenn der Senat oder der Kongreß als Ganzes vorher den Beschluß gefaßt hätten, daß die Kündigung durch den Präsidenten allein nicht zulässig sei.

Ganz in diesem Sinne hieß kurz darauf der Senat mit 59 gegen 35 Stimmen einen von Senator Harry Byrd eingebrachten Resolutionsantrag gut, in dem es heißt, daß der Senat als ganzer in der Tat der